
Vorwort

Die Mikrofiche-Edition *Widerstand als „Hochverrat“ 1933-1945* ist die umfassendste Quellensammlung zum politischen Widerstand von Reichsangehörigen gegen die NS-Herrschaft. Auf rund 70.000 Blatt Gerichtsakten werden die Widerstandsaktivitäten und die justitielle Verfolgung von mehr als 6.000 Männern und Frauen dokumentiert, die wegen Hochverratsdelikten vor den zentralen Gerichten des Dritten Reichs standen. Der größte Teil des Materials entfällt dabei auf den Volksgerichtshof, das Flaggschiff der politischen Justiz des NS-Staates.

Bei der Erarbeitung der Edition, deren erste Anfänge bis in die späten 1980er Jahre zurückreichen, wurde die Öffnung der Archive in den Ländern des ehemaligen Warschauer Pakts genutzt. Neben den einschlägigen Beständen der in der alten Bundesrepublik und in Österreich befindlichen Archive wurden auch jene aus der ehemaligen DDR und darüberhinaus aus Archiven in Prag und Moskau herangezogen.

Die Edition erfaßt die Gerichtsverfahren gegen den deutschen sowie den österreichischen Widerstand. Obwohl alle wichtigen österreichischen Widerstandsgruppen für die Selbständigkeit ihres Landes eintraten, hatte die nationalsozialistische Herrschaft in Österreich doch nicht den Charakter eines Okkupationsregimes. Deutsche und österreichische Oppositionelle kämpften also unter ähnlichen Bedingungen gegen das NS-Regime und wurden von diesem in rechtlicher Hinsicht als Reichsangehörige gleich behandelt. Dies und die sich daraus ergebenden Vergleichsmöglichkeiten zwischen den spezifischen Formen politischen Widerstands im „Altreich“ und in Österreich gaben die Veranlassung, auch die Hochverratsverfahren gegen Österreicher vor dem Volksgerichtshof und dem Reichskriegsgericht in die Edition einzubeziehen.

Der juristische Tatbestand des Hochverrats bzw. der Vorbereitung zum Hochverrat in seiner spezifischen Ausprägung durch Gesetzgebung und Rechtsprechung des Dritten Reichs bildet das zentrale Kriterium bei der Auswahl der Quellen. Der für die Zwecke der nationalsozialistischen Diktatur umgeformte Tatbestand deckt sich in erstaunlichem Maße mit modernen Definitionen von politischem, auf den Umsturz des NS-Staates abzielendem Widerstand. Keineswegs soll mit diesem Ansatz allerdings einer neuerlichen Verengung des inzwischen in der Forschung allgemein akzeptierten, weit gefaßten und differenzierten Widerstandsbegriffs, der neben der Systemopposition auch die unterschiedlichsten Formen von Selbstbehauptung und Resistenz einbezieht, das Wort geredet werden. Es geht vielmehr um die Dokumentation einer spezifischen, bedeutsamen und äußerst opferreichen Form von Widerstand.

Mit dem Bezug auf die zeitgenössische justitielle Definition von Systemopposition wird die Wechselbeziehung zwischen Widerstand und Regime zum Ausgangspunkt gemacht. Dies bedeutet weder eine Anerkennung der Legitimität der politisch gelenkten und angepaßten NS-Justiz, noch den Verzicht auf eine kritische Bewertung der unterschiedlichen Richtungen des Widerstandes. Letztere ist von der Forschung, aber auch von der politisch-historisch interessierten Öffentlichkeit, für die die Geschichte des Widerstands seit Kriegsende eine wichtige Orientierungs- und Legitimationsfunktion erfüllt, sogar ausdrücklich gefordert. Voraussetzung hierfür ist allerdings eine unvoreingenommene Kenntnisnahme der historischen Bedingungen sowie der Vielfalt von Aktionsformen und politischen Zielen des Widerstands.

Mit der Publikation dieses zentralen und umfangreichen Quellenbestandes in Form dieser Mikrofiche-Edition verbindet das Institut für Zeitgeschichte die Hoffnung, im In- und Ausland zur Verbreiterung der Kenntnisse über die Geschichte des Widerstands beizutragen und neue Anstöße für die Widerstandsforschung zu geben.

Das Institut für Zeitgeschichte dankt der Volkswagen-Stiftung sowie der Fritz Thyssen Stiftung für die zeitweilige Unterstützung dieses Vorhabens, ohne die die Realisierung nicht möglich

gewesen wäre. Dank gilt auch den wissenschaftlichen Bearbeitern, allen voran Jürgen Zarusky und für die erste Arbeitsphase Hartmut Mehringer, die mit großer Sorgfalt und Engagement das Projekt vorangebracht haben.

Im Januar 1998

Horst Möller
Direktor des
Instituts für Zeitgeschichte